

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich und wöchentlich, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 1,50 M., im voraus zahlbar. Für außerhalb Berlins erscheinende Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Umständen bezogen für Deutschland und Österreich 10.— M., für das übrige Ausland 12,50 M., zuzüglich Druckaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 12.— M. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19-21. Fernsprecher: Amt Rothen 833-36, 2905 und 2506.

Inhalts-Verzeichnis: Die achtgrößte, Nonparteiliche oder deren Raum 1,20 M., zuzügl. 20% Leerungs- und Organisationsanteile die achtgrößte, Nonparteiliche 2,40 M., netto. Klein-Anzeigen: Das freigelegte Wort 1,15 M., jedes weitere Wort 85 Pfg., zuzügl. 20% Leerungs- und Organisationsanteile. Stellungnahme, Familien- u. Organisations-Wort-Anzeigen kosten das freigelegte Wort 1,15 M., jedes weitere Wort 85 Pfg., netto. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Rothen 833-36, 2905-96, 9768

Die Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Deutschland muß abrüsten.

Das Ergebnis von San Remo.

Paris, 26. April.

Die Erklärung, die von den Alliierten in San Remo am Schluß der Arbeiten der Konferenz angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Die alliierten Regierungen haben von dem Brief des Herrn Coppel vom 20. April Kenntnis genommen, der das Ersuchen des deutschen Reichswehrministers, ein Heer von 200 000 Mann anstatt der im Vertrag von Versailles vorgeschriebenen 100 000 Mann zu unterhalten, enthält, ein Ersuchen, das mit der Notwendigkeit, die Ordnung anzuknüpfen, begründet wird. Die Alliierten halten darauf, sofort zu erklären, daß ein Vorschlag dieser Art nicht einmal geprüft werden kann, solange Deutschland die wichtigsten Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht erfüllt und nicht zur Entwaffnung schreitet, von der der Waffenstillstand abhängt. Deutschland hat seine Verpflichtungen nicht erfüllt, weder hinsichtlich der Befriedung des Kriegsmaterials, noch der Herausgabe der Effektivbestände, noch der Kohlenlieferungen, noch der Wiedergutmachungen und der Kosten für das Besatzungsheer. Es hat weder Verzichtung gegeben, noch sich entschuldigt für die Anschläge, die wiederholt auf Mitglieder alliierter Missionen verübt wurden. Es hat auch noch nicht, wie es im Protokoll des Friedensvertrages vorgesehen ist, Maßnahmen getroffen, um seine Verpflichtungen hinsichtlich der Wiedergutmachungen zu bestimmen und um Vorschläge zu machen, damit deren von Deutschland zu zahlender Gesamtbetrag festgesetzt werden kann, trotz des dringenden Charakters, den eine Regelung dieser Art im Interesse aller in Frage kommenden Parteien hat. Deutschland scheint noch nicht einmal geprüft zu haben, wie es seinen Verpflichtungen nachkommen kann, wenn sie verfallen.

Die Alliierten leugnen die Schwierigkeiten nicht ab, denen die deutsche Regierung gegenübersteht, und haben die nicht eine allzu engberzogene Interpretation des Friedensvertrages aufzwingen, aber sie sind einig in der Erklärung, daß sie die Fort-

setzung der Übertretungen des Friedensvertrages von Versailles nicht dulden können, daß dieser Vertrag ausgeführt werden muß, daß er die Basis der Beziehungen Deutschlands zu den Alliierten bildet, und daß die Alliierten entschlossen sind, alle Maßnahmen zu ergreifen, selbst, wenn es notwendig sei, auch zur Befestigung eines neuen Teiles des deutschen Gebietes zu schreiten, um die Ausführung des Vertrags sicherzustellen. Die Alliierten erklären überdies, daß sie nicht die Absicht haben, irgendeinen Teil des deutschen Gebietes zu annektieren.

Die Alliierten glauben, daß die durch die Verletzungen des Friedensvertrages aufgeworfenen Fragen und die zur Sicherstellung ihrer Ausführung notwendigen Maßnahmen auf leichtere Art durch einen Meinungs- und Austausch zwischen den Regierungen sich erledigen lassen können als durch einen Krieg. Die Alliierten haben sich deshalb entschieden, die Chefs der deutschen Regierung zu einer direkten Konferenz mit den Chefs der alliierten Regierungen einzuladen. Sie wünschen, daß für die vorgesehene Zusammenkunft die deutsche Regierung präzise Erklärungen und Vorschläge über alle angeführten Gegenstände unterbreite. Wenn man zu einer nach jeder Hinsicht befriedigenden Regelung gelangt, werden die alliierten Regierungen geneigt sein, mit den deutschen Vertretern alle Fragen zu diskutieren, die sich auf die innere Ordnung und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands beziehen. Wer Deutschland muß begreifen, daß die Einigkeit der Alliierten in Bezug auf die Ausführung des Friedensvertrages ebenso innig ist, wie sie es während des Krieges war, und daß das einzige Mittel für Deutschland, seinen Platz in der Welt wieder einzunehmen, in der totalen Ausführung der Verpflichtungen, die es unterschrieben hat, besteht.

Beendigung der Konferenz.

San Remo, 26. April.

Die Konferenz ist beendet. Die Teilnehmer reisen morgen ab.

Opfer des Klassenkampfes.

Von einem amerikanischen Genossen wird uns geschrieben:

Die Niederdrückung der radikalen Arbeiterbewegung und die Erdrosselung jeder revolutionären Bewegung nimmt in den letzten Monaten in den Vereinigten Staaten immer frässere Formen an. Verhaftungen und Anklagen regnet es nur so in allen Teilen des Landes. Justizurteile gegen führende Genossen der Arbeiterbewegung gehören schon wieder im selben Maße wie zur Kriegszeit im „freien Lande“ der Sterne und Streifen zu den Alltäglichkeiten. War es in den Jahren 1917 und 1918 die Kriegsgegnerschaft, die es dem amerikanischen Großkapital angetan hatte, so ist es jetzt das immer mehr zutage tretende Klassenbewußtsein der Industrie- und Landarbeiter, welches das brutale Vorgehen gegen die Arbeiterschaft bestimmt.

Es ist natürlich kein Zufall, daß in dem Augenblick, in welchem große Streiks das ganze Land erschüttern, die Justiz- und Polizeibehörden des Kapitals mit verstärkter Energie in Aktion treten, um womöglich jede ernstlich revolutionäre Bewegung mit Stumpf und Stiel auszurotten. Und dabei machen die Herrschaften keineswegs Halt bei den Vertretern der beiden kommunistischen Parteien. Auch gegen die gemäßigtere „Socialist Party“, die seit Jahren in den Stadt-, Staats- und Bundesparlamenten wirkt, sehen jetzt immer härtere Verfolgungen ein. Die Staatslegislatur von New York in Albany hat das Ausschlußverfahren gegen die fünf regulär ins Staatsparlament erwählten Vertreter der Socialist Party eröffnet, von denen einige bereits mehrere Jahre hindurch unbeanstandet als Parlamentarier gewirkt hatten. Weder die große juristische Kenntnis und Veredelmheit eines Morris Silliquit, noch die Tüchtigkeit eines Seymour Stedman vermochten das verkommenes Gefindel einer kümmerigen Politikantengruppe von ihrem Vorhaben abzubringen. Zur Zeit, da diese Feigen erscheinen, dürfte der Ausschluß der sozialistischen Fraktion bereits verübt sein.

Mit den radikaleren Gruppen der Arbeiterbewegung, die sich von den reformistischen Ideen der Socialist Party loslagten und in Chicago die beiden kommunistischen Parteien gründeten, geht man noch härter vor. Wie sich jetzt herausstellt, hat es der Geheimdienst der Regierung verstanden, schon zeitig seine Spindel in eine ganze Reihe von Lokalorganisationen der neuen Parteien zu bringen. Obwohl nun keinem der bisher unter Anklage gestellten Kommunisten irgendwelche Verbrechen gegen die regulären Strafgesetze zur Last gelegt werden konnten, sind diese doch gezwungen, hohe Kautionen zu stellen, und nach den bisherigen Erfahrungen wurden sie auch regelmäßig wegen Verstoßes gegen alle möglichen „Anstößigkeiten“ verurteilt. Das letzte Opfer der Geze ist Genosse Ludwig Lore, seit dem Tode des alten Biomers Hermann Schüller leitender Redakteur der „New-Yorker Volkszeitung“, der am 9. März in Chicago unter Anklage gestellt wurde, und zwar lediglich wegen seiner Beteiligung an der Gründung der kommunistischen Arbeiterpartei, nach dem Wortlaut der offiziellen Anklage „wegen Verschwörung zur Herbeiführung des Sturzes der Regierung“.

Gleichzeitig werden in den verschiedensten Staaten des Union Prozesse gegen die Mitglieder der politischen Parteien, wie auch gegen die „Industrial Workers of the World“ (I. W. W.) geführt. Am 11. März wurde ein Genosse Henry Beholdt, ein deutscher Zimmermann, im Gericht zu Jersey City wegen seiner Mitgliedschaft zur I. W. W. verurteilt, während in Montefano im Staate Washington sich 10 Mitglieder der I. W. W. verantworten müssen, weil sie sich gegen eine Verkleinerung rassistischer Kapitalisten bewaffnet haben sollen.

Freilich, an Propagandamöglichkeiten fehlt es unter solchen Umständen nicht, da es die Gerichte nicht verhindern können, daß in all diesen Prozessen die Prinzipien des Sozialismus und Kommunismus eingehend erörtert werden. War es in Albany Morris Silliquit, so erzieht in Jersey-City der bekannte Marxist Louis B. Boudin Gelegenheit, während in Montefano, allerdings ohne die auf ihre „Verleumdung“ gerichteten Geschworenen sonderlich zu beeinflussen.

Sand in Sand mit dieser Geze geht aber die stetige Radikalisierung der Gewerkschaften aller möglichen Berufe, die sich nicht auf die Ausmerzung reaktionärer Beamten beschränkt, sondern sich in der Initiative und den Massenaktionen bemerkbar macht, die von den Mitgliedschaften ausgehen. Gerade das Jahre 1919 hat eine Reihe solcher Bewegungen erlebt, so den allgemeinen Streik der Binnarenmacher, der Dodarbeiter, der Zimmerleute, der Tischler und einer ganzen Reihe anderer Berufe, die sich offen gegen ihre Führer auflehnten.

Ein solches Beispiel eines solchen Streikes war der

Die Wahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 27. April.

Erst gestern fanden die Wahlen zum Folketing statt. Nach dem vorläufigen Ergebnis wird sich das Folketing wie folgt zusammensetzen: Konservativ Partei 28 Mandate (Gewinn: 6 Mandate), Partei der Linken 48 Mandate (Gewinn: 4 Mandate), Radikale Partei 17 Mandate (Verlust: 16 Mandate), Sozialdemokraten 42 Mandate (Gewinn: 3 Mandate), Erwerbspartei 4 Mandate (Gewinn: 3 Mandate). Die Wahlen bedeuten eine Niederlage der Radikalen Partei, die das Ministerium jahre gebildet hatte.

Die Reaktion in Bayern.

Verbot des „Kampf“.

(Wichtige Nachricht aus der „Freiheit“)

München, 27. April.

Unser Münchener Parteiblatt „Der Kampf“ ist heute verboten worden. Dieses Verbot steht im Zusammenhang mit der Rückkehr der Östlichen Freiwilligen aus dem Ruhrgebiet, die nun einen noch härteren Kurs gegen die Arbeiterschaft verlangen, als er bisher schon innegehalten worden ist. Bei der Durchscheidung der Redaktions sind Schriftstücke über die Einwohnerversammlungen, die von dem „Kampf“ veröffentlicht worden waren, und Uebersetzungen aus dem „Temps“ wegen der separatistischen Ausführungen des Ministerpräsidenten Kahr mitgenommen worden. Angeblich soll das Verbot auch erfolgt sein wegen Angriffe auf den „demokratischen“ Justizminister Müller-Reinigen, den der „Kampf“ wegen der Mißhandlung der politischen Gefangenen angegriffen hatte.

Kein sozialistisches Wahlabkommen in Pommern.

Auf dem Bezirksparteitag der S. P. D. Pommerns wurde folgende Resolution eingebracht:

Es ist unter allen Umständen darauf hinzuwirken, daß unter Behrang des grundsätzlich sozialistischen Prinzips zu der bevorstehenden Reichstagswahl eine einheitliche Kampffront mit der U. S. P. D. hergestellt wird, um eine sozialistische Mehrheit im neuen Reichsparlament zu erreichen. Sollte dieses Ziel nicht erreicht werden, dann fordert der Parteitag den sofortigen Rücktritt der Gewählten aus der Koalitionsregierung. Der Parteitag lehnt ein Einvernehmen in eine neue Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien ab. Am den aus-

zustellenden Kandidaten verlangt der Parteitag, daß sie die vorstehenden Forderungen für sich als bindend anerkennen.

Diese Resolution wurde mit 49 gegen 42 Stimmen abgelehnt, so daß dadurch das sozialistische Wahlabkommen auf der von den Unabhängigen vorgeschlagenen Grundlage nicht zustande gekommen ist.

Die pommerischen Genossen der U. S. P. brauchen das Scheitern des Wahlabkommens nicht zu bedauern. Es wäre allerdings besser gewesen, wenn sie auch den Versuch dazu von vornherein aus den gestern von uns wiedergegebenen Gründen unterlassen hätten.

Der 1. Mai gesetzlicher Feiertag in Baden.

T. U. Karlsruhe, 27. April.

Amlich wird darauf hingewiesen, daß durch eine Verordnung des Staatsministeriums vom April 1920 der 1. Mai in Baden dauernd in die Reihe der allgemeinen Feiertage aufgenommen wurde. Es bleiben somit auch am 1. Mai die Diensträume sämtlicher Behörden und die Schulen geschlossen.

Senatswahlen in der Tschecho-Slowakei.

Prag, 26. April.

Bei den Wahlen in dem Senok, die gestern stattgefunden haben, waren in dem ersten freien Wahlkreis, welche Böhmen und Mähren umfassen, 111 Senatoren zu wählen. Im ersten Wahlgang sind 74 gewählt worden. Von diesen entfallen auf die Nationaldemokraten 6 Mandate, Nationalsozialisten 6, tschechische Sozialdemokraten 23, auf tschechische Christen 10, auf die Radikale 3, deutsche Sozialdemokraten 11, deutsch-christlich-sozial Partei keine Mandate, deutsche Volksgemeinschaft 5, deutsche demokratische Freiheitspartei 2. Die unbefehlten Mandate werden im zweiten und dritten Wahlgang besetzt werden. Aus der Slowakei liegen Berichte noch nicht vor.

Das Gesetz Groß-Berlin angenommen.

Knappe Mehrheit.

Die Preussische Landesversammlung nahm heute in namentlicher Abstimmung mit 169 gegen 148 Stimmen das Gesetz über die Bildung eines Stadtkommunes Berlin an.

gegen Ende des Vorjahres geführte Streik der Drucker und Schriftsetzer der großen Zeitungsbetriebe von New York. Die Arbeiter verlangten die Einführung der 44-Stunden-Woche bei erhöhtem Lohn. Die Unternehmer lehnten sich mit den Verbandsvorständen ins Endernehmen, und beide zusammen bekämpften die Streiker und deren lokale Führung bis aufs Messer. Dieser unabhängige Kampf war um so bemerkenswerter, als gerade die Arbeiter des Buchdruckergewerbes auch in Amerika zu den konservativsten Gewerkschaftlern gehörten.

In demselben Tempo, in dem die Radikalisierung der American Federation of Labor, die immer noch hauptsächlich die Interessenvertretung der gelernten Handwerker ist, vor sich geht, schließen sich trotz aller Säntzen und Verfolgungen die ungelerten Arbeiter, besonders die Landarbeiter, die Wanderarbeiter, die Holzfäller der Waldbezirke des Nordwestens in der F. W. W. zusammen. Und in verschiedenen Gegenden des Landes haben sich beide Gewerkschaftsrichtungen bereits mehrfach zu gemeinsamen Aktionen zusammengefunden.

Geradezu glänzend bewährte sich diese Annäherung und Zusammenarbeit in dem großen Generalstreik der Gewerkschaften von Seattle, Staat Washington. Schon längst hatten es die westlichen Gewerkschaften abgelehnt, die F. W. W. zu bekämpfen und zu denunzieren. Als nun die Maschinisten und anderen Arbeiter der Kriegswerften auf die Einhaltung der ihnen von der Regierung gemachten Lohnverpflichtungen bestanden und sich gezwungen sahen, in den Ausstand zu treten, hatten sie die gesamte Arbeiterschaft auf ihrer Seite. Der Generalstreik wurde proklamiert und restlos durchgeführt. Und ob auch der bisher als „arbeiterfreundlich“ geltende Bürgermeister über „Bolschewismus“ geterrt, konnte doch kein Milkshagen, kein Milkmoogen passieren, wenn er nicht die Aufschrift trug: „Mit Genehmigung des Streikkomitees.“ Die lebenswichtigen Arbeiten wurden durch niemand anders als die Beauftragten des Streikkomitees geleistet. Abgebrochen wurde der Streik, als Bundesmilitär und Staatstruppen in Seattle einrückten.

Die aufblühende Propaganda hat sogar schon unter den farbigen Arbeitern Platz gegriffen. Ueberflüssig zu sagen, daß die geradezu groteske Bolschewistenfurcht der herrschenden Klassen in direktem Zusammenhang mit der Radikalisierung der Arbeiterbewegung steht. Und doch schreitet, trotz aller Verfolgungen und Hetereien, die revolutionäre Bewegung in Amerika über die Iwerge hinweg, die sich ihr in den Weg stellen. Wohl schmachten ein Debs, eine Kate O'Gare und Tausende Namenloser noch in den Kerker des Landes der Freien und der Gerechtigkeit der Tapferen. Wohl sind bereits weitere Opfer gezeichnet, um ihnen zu folgen. Aber die Bewegung geht ihren unaufhaltbaren Gang. Aus ihren eignen Reihen werden die Steigbügelhalter der Reaktion gerichtet. Selbst ein Sam uel Com pers, der noch im Juni in Atlantic City gar kräftig gegen den „Bolschewismus“ in Amerika wetterte, mußte dieser Tage zu seinem Leidwesen erfahren, daß er seiner eignen Zigarrenmachergewerkschaft zu reaktionär ist. Sie erwählte ihn zum ersten Male nicht mehr zu ihrem Vertreter für den Allgemeinen Gewerkschaftskongreß. Lennon vom Herrenschneiderverband, O'Connell vom Maschinistenverband und eine ganze Reihe anderer Gewerkschaftsbeamten haben ihren Abschied auf ähnlich trostlose Weise erhalten. Vorläufig läßt freilich Herr Compers noch fest im Sattel. Er selbst aber weiß wohl am besten, wie un sicher es auch in Amerika mit der Zukunft des zünftlerischen Gewerkschaftsgedankens bestellt ist.

Lokomotivenkauf durch Sowjetrußland. Wie ein drahtloses Telegramm aus Moskau meldet, sind 200 Lokomotiven, die die russische Sowjetregierung in den Vereinigten Staaten angekauft hat, in Neval eingetroffen.

Englischer Hafenarbeiterstreik. Am Montag sind zehntausend Hafenarbeiter in Hull in den Ausstand getreten. In London ist in den Schiffbauwerkstätten eine beinahe allgemeine Ausperrung erfolgt, wodurch bereits sehr große Verluste eingeleitet wurden.

Zwei Kulturen.

Von M. Gorki.

Überall und immer hat die Geschichte den Menschen vom Lande und den Stadtmenschen als zwei psychologisch ganz verschiedene Typen gezogen, wobei diese Verschiedenheit sich immer mehr vertieft, denn mit der Schmelzhaftigkeit des Achilles drängt die Stadt vorwärts, das flache Land aber ist nicht behender als die Schildkröte.

Der Dorfbewohner, das ist ein Individuum vornehmlich zoologischer Art, ein Wesen, das in harter Arbeit von den ersten Frühlingstagen bis in den Spätherbst Hock schafft, um den größeren Teil davon zu verkaufen, den Kälbern zu verzeihen in den Tagen der verdammten, unbarmherzig kalten Winter.

Sein Zweifel — herrlich ist im Sommer der äpygen Heder lebendig Gold — aber im Herbst, wenn das Gold verschwunden, liegt die Erde wieder nackt und entblößt da, wieder fordert sie harte Arbeit, wieder laugt sie fruchtlos die Energie des Menschen aus.

Dieser Mensch ist ganz — innerlich und äußerlich — von den Notwendigkeiten getrieben, er kämpft nicht gegen sie, sondern poht sich ihnen bloß an. Die ephemeren Resultate seiner Arbeit röhren ihm keine Nahrung vor sich selber, vor seinen schäpferischen Fähigkeiten ein — sie können es nicht. Vor allem, was er schafft, bleibt auf der Erde nur Stroh und seine dunkle, erge, frohgedeckte Hütte zurück.

Die Arbeit des Bauern ist allzu schwer, und ihre Schwierigkeit, verbunden mit ihrem häufigen Ergebnis, vertieft besonders — und das ist ganz natürlich — in der Seele des Bauern den dunklen Instinkt des Eigentums, macht ihn fast unerschütterlich. Diesem Instinkt vermag die Seele kaum beizukommen, noch der des irdischen Sündenfall gerade der Bestie und nicht der böse Streich gewesen, den der Teufel und Eva dem einsittigen Adam gespielt.

Wenn von Kultur der Bourgeoisie gesprochen wird, denke ich gerade an die Kultur des Dorfes — wenn man bloß diese beiden Begriffe — Kultur und Dorf — vereinigen kann, die in ihrem geistigen Wesen fast nicht vereinbar sind. Die Kultur, das ist der Streich der Schöpfung von Ideen, ihre Verkörperung in Gestalt von Büchern, Maschinen, wissenschaftlichen Instrumenten, Gemälden, Bauwerken, Monumenten — in Gestalt verschiedener Gegenstände, welche, indem sie die Kristallisation von Ideen darstellen, als Kanäle anderer Ideen wirken und quantitativ wachsen.

Wahlvorbereitungen.

Die Aufstellungen der Kandidaten für die Wahlen zum Reichstag sind überall in vollem Gange. Bei den Demokraten hat es den Anschein, als ob die alten Vertreter fast überall wieder aufgestellt werden. Ebenso bei den übrigen bürgerlichen Parteien. Anders bei den Rechtssozialisten. Dort macht sich die erhebliche Mißstimmung gegen die Männer des Reichstages durch das Betreiben geltend, die prominentesten Vertreter dieser Anschauungsweise in der Vertretung verdrängen zu lassen. Bezeichnend dafür sind die Vorgänge auf einer Kreisversammlung der Rechtssozialisten in Köln, wo der Abgeordnete Söllmann, selbst zwar einer — allerdings der tüchtigeren Vertreter — des Reichstages der Rechtssozialisten, sich dagegen aussprach, daß Heine und Koste, deren Verdienste er ausdrücklich anerkannte, auf die Reichsliste übernommen werden. Wenn sich für sie zur Zeit kein Wahlkreis im Lande finde, sollten sie vorübergehend ihre Kräfte außerhalb des Parlaments betätigen. Die Reichsausschließung der Heine, Koste ist also durchaus kein grundfälliges Aufgeben der von ihnen bisher betriebenen Politik, sondern nur ein wahlstatistisches Mandat, um dem Widerwillen der Masse gegen diese an der offenen Reaktion schuldigen Politik Rechnung zu tragen.

Auch in dieser Unabhängigen Sozialdemokratie wird in diesen Tagen überall die Aufstellung der Kandidaten vorgenommen. Im Wahlkreis Leipzig stehen an erster Stelle: Friedrich Weber, Feix Seeger, Richard Wipinski; im Wahlkreis Dresden-Zittau Hermann Meißner; im Wahlkreis Plauen-Ghemnitz Hermann Jädel-Berlin, August Chemnitz und Rudolph Plauen.

Die Kandidatur Crispian.

An die Tatsache, daß der Genosse Crispian bei der Aufstellung im Niederrhein mit 80 Stimmen an fünfter Stelle auf die Liste gekommen ist, knüpfen verschiedene Wähler irrtümliche Bemerkungen. Demgegenüber stellen wir fest, daß Crispian in Niederrhein gegen seinen Willen und ohne seine vorherige Zustimmung vorgeschlagen worden ist. Er hatte bereits vorher erklärt, daß er in diesem Kreise eine Kandidatur nicht annehmen würde und hat sie jetzt erneut abgelehnt.

Wahlen zum Thüringer Landtag.

Dem „Julentagblatt“ zufolge werden die Wahlen zum Thüringer Landtag am selben Tage stattfinden wie die Wahlen zum Reichstag, also am 2. Juni.

Niederlage der Opposition der sächsischen Rechtssozialisten.

Der Landesparteitag der sächsischen Rechtssozialisten hat mit einer völligen Niederlage der von Chemnitz ausgehenden Opposition geendet. Der Berichterstatter des „Berliner Tageblatts“ faßt das Ergebnis dieser Tagung zusammen als einen glänzenden Sieg der Regierungsozialisten und meint, die Vertreter der radikalen Chemnitzer Richtung seien vollständig an die Wand gedrückt worden. Diese Auffassung ist durchaus richtig, wie aus den Beschlüssen der Konferenz hervorgeht. Durch eine vertrauliche Sitzung war der Boden vorbereitet, auf dem der abgekannte Ministerpräsident Gradnauer eine Rede halten konnte, in der er erklärte, daß die viel angefeindete Koalitionspolitik mit den linksstehenden bürgerlichen Parteien heute eine unabwehrbare Notwendigkeit sei, wenn man an der Demokratie festhalten beabsichtigt ist. Es müsse die Aufgabe der Rechtssozialisten sein, die bürgerliche Parteien nicht zurückzutreten, sondern mehr und mehr in unser Fahrwasser hineinzuziehen. Die Partei habe die Aufgabe, aus einer Agitationspartei eine Staatspartei zu werden. Auch nach den Wahlen müsse die Koalitionspolitik weiter getrieben werden. Durch eine einstimmig angenommene Resolution wird die Volkstammerversammlung beauftragt, in Gemeinschaft mit den Parteimitgliedern bei der Bildung des Gesamtministeriums Männer zu berufen, die sich verpflichten, die demokratisch-sozialistischen Grundzüge rückhaltlos zur Durchführung zu bringen. Ferner wurde ebenfalls fast einstimmig beschlossen, die rechtssozialistische Fraktion zu beauftragen, der Volkstammer den ehemaligen Minister Rud als Ministerpräsidenten vorzuschlagen. Rud erklärte sich zur Übernahme des Amtes bereit und be-

weirte, nach dem Verzicht des „Doktors“, daß er die Politik Gradnauers für richtig halte und nicht gewillt sei, eine Vermischung der Aktionsausschüsse, wie sie sich in den Rapp-Logen besonders im Voglande und im Erzgebirge gebildet haben, in die behördlichen Beschlüsse irgendwie zu gestalten und er auch Bereitwilligkeit hat, Mittel für diese Aktionsausschüsse unbeding abzugeben müsse.

Nach dem Vorliegen ausführlicher Berichte werden wir auf die Bedeutung dieser Tagung noch zurückkommen.

Der Dänholm.

Ein Umschlagsplatz für die Putzkisten.

Das Reichswehrministerium bemüht sich immer von neuem, die vor Stralsund liegende kleine Insel Dänholm dem allgemeinen Interesse und der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu entziehen. So bestritt das Reichswehrministerium kürzlich, daß sich auf der Insel Dänholm Baltikumtruppen befinden. Er vermag dabei nur zu bemerken, daß diese Baltikumtruppen in Stärke von 2000 Mann allmählich von der Insel abtransportiert worden und in ein Munsterlager überfiedelten. Dänholm spielt in der Tat eine eigenartige Rolle in den Plänen der reaktionären Putzkisten und verdient höchste Aufmerksamkeit. Fast alltäglich treffen dort einzelne Soldaten, Truppenenteile, Formationen, Geschütze und Batterien ein, werden „abgewickelt“ und verlassen die Insel wieder mit neuem Ziel.

Dem Reichswehrministerium scheint das Treiben, das sich dort abspielt, nicht ganz unbekannt zu sein, denn es versucht von vornherein die Öffentlichkeit zu beruhigen. Es gibt schon jetzt bekannt, daß in den nächsten Tagen neue Batterien vom ober-schlesischen Grenzbereich nach der Insel Dänholm zurückgezogen werden. Von den etlichen Beziehungen, die zwischen der Insel Dänholm und dem Munsterlager bestehen, meldet aber vorsichtigerweise das Reichswehrministerium nichts. Wir müssen ihm deshalb geraten, daß die Insel Dänholm einer der wichtigsten Umschlagsplätze der militärischen Putzkistenorganisation ist. Dort werden die Formationen neu geformt und zum Teil nach Königsberg oder ins Munsterlager oder auch nach Westfalen abtransportiert. Es ist bezeichnend für den Ernst und die Aufrichtigkeit, mit denen der Reichswehrminister den Putzkisten der Militärs entgegenarbeitet, daß er selbst sich dazu hergibt, durch solche Nachrichten die Pläne der Putzkisten zu verschleiern.

Die Verbündeten der nationalistischen Reaktion.

Der Landtag der Provinz Sachsen hatte sich dieser Tage mit der Neuwahl des Landeshauptmannes zu befassen. Von der U. S. P.-Fraktion war Genosse Bod, Redakteur des „Volksblattes“ in Halle a. S., vorgeschlagen worden, von den Deutschnationalen der bisherige Inhaber des Postens, Freiherr von Wilmsowki. Gewählt wurde der Deutschnationale, und zwar mit 72 Stimmen gegen 63, die auf Genossen Bod entfielen. Da die deutschnationale Fraktion nur über 55 Sitze verfügt, während unsere Genossen, Rechtssozialisten und Demokraten 84 Vertreter besitzen, haben also die Demokraten geschlossen für den Deutschnationalen gestimmt.

Das ist ein recht lehrreicher Vorgang für alle die, so in diesen Demokraten zuverlässige Gegner der deutschnationalen Putzkisten sehen und darum noch ein Bündnis sozialistischer Parteien mit ihnen für erlaubt halten. Was sich hier im kleinen abgespielt hat, wird sich einst im großen wiederholen, wenn es um die letzte Entscheidung zwischen Proletariat und Reaktion, zwischen Sozialismus und Klassenherrschaft geht. Das Proletariat ist und bleibt auf die eigene Macht angewiesen. Das „demokratische“ Bürgertum flüchtet in entweichenden Augenblicken in die Arme des Partei bezug weissen Terrors.

Italienische Wanderung an Sowjetrußland. Ein italienischer Kreuzer ist in Nowo-Rossisk angekommen. Der Befehlshaber erklärt im Auftrage seiner Regierung vorzugehen, um die Entfaltung amtlicher Beziehungen zwischen Italien und Rußland anzubahnen.

longenitische Kreise gehen, die ganze Welt immer weiter umspannen, bemüht, die geheimen Ursachen aller ihrer Erscheinungen zu erfassen und aufzudecken.

Eine solche Kultur schafft das Dorf nicht, und es schafft sich auch keine anderen Denkmäler, als in Wortgehalt, in Form des Märchens, des Liedes, des Sprichwortes. Ja, während ist das einwältige Lied des Dorfes, seine Legende doch keine Steine erweisen, aber Steine lassen sich durch die Nieder nicht erweisen, Menschen auch nicht. Ohne Zweifel — auf dem Lande gibt es viel wehmütige Poesie, und sie legt uns auf Grund der Empfindsamkeit, aber unermesslich bedeutsamer an Wofen und Umfang ist die Prosa des Dorfes, seine noch unmaßstäbliche Prosa. Die Dorfthemen sind allgegenwärtig bemerkbar im stetigen Drama des Alltagslebens des Bauern.

Im Vergleich zur passiven, halblosen Psyche des alten Dorfes erscheint das städtische Bürgertum auf gewisser Entwicklungsstufe als ein überaus wertvolles schöpferisches Element, als jene scharfe Säure, die durchsagen dem angehen ist, die schäblicher Weise, in der Tat aber eiserne Seele des Bauern aufzulösen. Die Tadelheit des Dorfes kann nur durch die Wissenschaft und durch sozialistische Großdeutlichkeit besänftigt werden. Man muß eine ungeheure Zahl landwirtschaftlicher Maschinen bauen, sie allein werden den Bauern überzeugen, daß Eigentum eine Reize ist, durch die er wie ein Tiger gefesselt wird, daß es ihm geistig unvorstellbar ist, daß unermessliche Arbeit unproduktiv ist, und daß nur durch Wissenschaft disziplinierter, von Kunst veredelter Bauern ein glücklicher Bauer sein kann auf dem Wege zur Freiheit und Glück.

Die Arbeit des Städtlers ist mehrschichtig mannigfaltig, unermesslich, ewig. Aus Gedächtnis zu Jochen umgestaltet, baut der Städtler Paläste und Tempel, aus formlosen Klumpen von Eisen er schafft er Maschinen von erschütterlicher Komplexität. Er hat bereits die Kräfte der Natur seinen hohen Zielen unterworfen gemacht, und sie sind ihm dienbar wie die Dämonen der orientalischen Mächten dem Weisen, der sie mit der Macht seiner Vernunft geknechtet hat. Der Stadtbewohner hat um sich her eine Atmosphäre von Rationalität geschaffen, er sieht immerfort seinen Willen in der Mannigfaltigkeit wunderbarer Dinge veräußern, in tausenden von Büchern, Bildern, die mit dem Wort und dem Binsel die majestätischen Qualen seines frohbegehrigen Geistes, Träume und Hoffnungen, Liebe und Hoß auf ewig festhalten — seine gewaltig große Seele, in der unauflöslich der Durst nach neuen Ideen, Handlungen, Formen brennt.

Und selbst von der Politik des Staates getrieben, ist der Städtler dennoch innerlich frei, — gerade durch die Macht dieser geistigen Freiheit gestützt er und schafft Formen des sozialen Lebens.

Ein Mensch von Tat, hat er sich ein quallend gespanntes, aber — schönes Leben geschaffen. Er ist der Erreger aller sozialen Krankheiten, Entartungen, der Schöpfer der Grausamkeit, der Abge der Gesundheit, aber — er ist es auch, der jenseits des Kosmos geschaffen, das ihm gestattet, mit so qualvoller Deutlichkeit die geringsten Bewegungen seines ewig unbefriedigten Geistes zu erblicken. Er hat in seiner Mitte Jäuberer der Wissenschaft, der Kunst, der Technik gezogen — Jäuberer und Weise, die unermesslich diese Grundlagen der Kultur festigen und entwickeln.

Ein großer Sünden an seinem Nächsten und vielleicht ein noch größerer an sich selbst, ist er ein Großmärtler seiner Verlobungen, die, indem sie ihn töten, immer neue Freuden und Leiden des Daseins erzeugen.

Sein Geist ist der verfluchte Wälder, er wandert immerzu, wandert in die unerlöste Zukunft, irgendwohin dem Herzen des Nordosts zu oder in die Leere des Weltalls, die er vielleicht berufen ist mit der Emanation seiner Energie zu erfüllen, indem er etwas schaffen wird, was der Vernunft des heutigen Tages unangänglich ist.

Für den Intellekt ist die Kultur an und für sich wichtig, unabhängig von den Ergebnissen, ist der Intellekt an sich vor allem ein Phänomen der Kultur, die komplizierte, geheimnisvolle Erscheinung der Natur, das Organ ihrer Selbsterkenntnis.

Dem Instinkt sind nur die willkürlichen Resultate der Kultur wichtig, bloß das, was das höhere Wohl des Daseins erhöht, wenn es auch erniedrigende Abge ist.

Deshalb sollen die Intellektuellen jetzt, wo unvermeidlich die erregten Instinkte des Dorfes mit der intellektuellen Kraft der Stadt in Kampf treten müssen, die Frucht der jahrhundertelangen Tätigkeit des intellektuellen Elements, den Arbeiter mit eingeschlossen, in Gefahr gerät, geniert, im Entwicklungsprozeß gekemmt zu werden, ihr gewohntes Verhältnis zum Dorfe einer Revolution untergeben.

Es gibt nicht Volk, es gibt nur Klassen. Die Arbeiterklasse war höher die Schöpferin materieller Werte, heute will sie lebendigen Anteil nehmen an der geistigen, intellektuellen Arbeit. Die unweisen Dorfbewohner wollen um jeden Preis ihre Position als Bandeigentümer heiligen, — andere Wünsche lassen sie nicht an den Tag.

Ge'gebung im Eiltempo.

Von der k'ggemeinen Ortkrankenlasse der Stadt Berlin wird uns geschrieben:

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft von Reichsversicherungs-tr'gern Gro'berlins, in welcher die Landesversicherungsanstalten Berlin und Brandenburg, die Reichsversicherungsanstalt f'ur Ri-gelst'ulle und die gro'ben Gewerkschaften der Reichsversicherungs-gesetzgebung und der Krankenversicherung in Gro'berlin, d. h. die Vereinigung beru'fsgenossenschaftlicher Verwaltungen f'ur Gro'-berlin und Potsdam, Brandenburg und der Verband der Kranken-lassen Gro'berlins, vertreten sind, hat sich am 26. April 1930 mit einem Gesegentwurf 'uber den Zusammenhalt von Tr'gern der Reichsversicherung zum Zwecke gemeinsamer Wohlfahrtspflege und 'uber Regelung des Unfallverfahrens besch'igt und ist zu dem einstim'migen Ergebnis gekommen, da' das Gesetz Bestimmungen enth'lt, die als unberechtigt und ungew'nschlicher Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Versicherungsstr'ger zu verzeichnen sind. Diese Bestimmungen sind geeignet, die Arbeits-treue der Versicherungsstr'ger zu erl'osen.

In gleicher Weise sind eine Reihe von anderen Gesetzen auf dem Gebiete der Sozialversicherung vorzulegen und sollen m'glichst noch von der Nationalversammlung verabschiedet werden, ohne da' die Organe der Versicherungsstr'ger und vor allem die Versicherer, wie ihre Organisa-tionen in irgend ausreichender Form geh'rt worden w'ren.

Gegen diese Art einer Aenderung der sozialen Versicherung m'ssen die schwersten Bedenken geltend gemacht werden. Auf keinen Fall d'rfen aber, wie zu bef'chten steht, Bestimmungen, welche eine Aenderung der Versicherungsgesetze enthalten, in andere Gesetze aufgenommen werden.

Wie haben schon letzthin die Mitglieder des Reichsarbeitsministe-riums in der Herstellung von Verordnungen und Gesetzen als eine gef'hrliche Methode gekennzeichnet. Entweder das Ministerium macht nach Mi'ssprache mit den interessierten Kreisen und Orga-nisationen einfach Verordnungen, oder es l'st die Gesetze in der Nationalversammlung im Eiltempo herstellen, ohne diesen Organisationen die M'glichkeit zu gr'ndlicher Mitarbeit bei der Vorbereitung der Entw'rfen zu geben. Eine solche Gesetzes-macherei aus dem Handgelenk ist in jedem Falle gerade bei der Bearbeitung des schwierigen Stoffes der Sozialgesetzgebung beson-derd verwerflich. Die Krankenkasse hat recht, wenn sie gegen eine solche Methode ihre Bedenken geltend macht. Gerade f'ur die dringend notwendige Reform der Versicherungsgesetze ist eine Vereinigung beider Arbeitsmethoden anzustreben. Nach gr'nd-licher Vorbereitung in Gemeinschaft mit den interessierten Orga-nisationen mu' eine ebenso ernsthafte Behandlung in der Nationalversammlung folgen. Auf keinen Fall aber darf die in der Zuschrift der Ortskrankenkasse er-w'hnnte Sch'm'lerung des Selbstverwaltungs-rechts der Versicherungsstr'ger zur Tatsache werden.

Zu besonderen Bedenken gibt der letzte Satz der Zuschrift An-la'f. Will man hier durch eine Unterdr'ckung von Aenderungen der Versicherungsgesetze in anderen Gesetzen den Versuch zu einer U'berwindelung der Oeffentlichkeitsmeinung? Es wird die Aufmerksamkeit der Genossen in der Nationalversammlung sein, be-sonders aufmerksam darauf zu achten.

Internationale Solidarit'.

Da' sich die internationalen Beziehungen der Proletarier aller L'nder n'her und praktisch wieder h'cker anbahnen, zeigt ein erstzuletztiges Beschl'u'f des Reichsinnenministeriums von Doolyn in den Vereinigten Staaten Amerikas. Von diesen Genossen ist an das Zentralkomitee unserer Partei ein Betrag von 2000 M. durch die Vermittlung der kommunistischen Revo-lution'rszeitung 'ubermittelt worden zur Unterst'tzung not-leidender Familien der Revolution'rsarmee.

Das Zentralkomitee hat diesen Betrag sofort dem Unter-suchungsausschu'f des Zentralkomitee im chemisch-technischen Industriegebiet (A. D. des Genossen Paul Sauerwein, Bar-men, Allee 287) 'uberwiesen, wo die Summe sofort an die Opfer der Revolution zur Verteilung gelangen wird. Es ist selbst-verst'ndlich, da' die Verteilung ohne irgendwelche R'cksichten auf die Parteizugeh'rigkeit der Opfer vorgenommen wird.

Den Klassenbewu'ten Arbeiter Amerikas, die auf diese Weise ihrem Solidarit'atsgef'hl Ausdruck verleihen haben, sprechen wir herzlich den herzlichsten Dank aus. Ihre kleine Gabe wird mit-helfen, die schrecklichen Wunden zu heilen, die der letzte Kampf

Vor den Intellektuellen der ganzen Welt, aller L'nder, steht heute die gleiche Aufgabe: ihre Energie der Klasse zur Ver-f'gung zu stellen, deren f'chliche Eigenschaften die Weiterentwick-lung des Kulturprozesses gew'hrleisten und durchaus bef'igt sind, das Tempo dieses Prozesses zu beschleunigen.

Die Vorbereitungen f'ur den Umbau der ehemaligen Krolloper zur Volksh'he am K'nigsplatz sind in Angriff genommen. Die Verteuerung der Baukosten macht die Durchf'hrung des Um-baus leider zu einer sehr kostspieligen Sache. Noch vor wenigen Monaten, als die Verhandlungen wegen 'ubernahme des Hauses durch die Volksh'hen begannen, konnte damit gerechnet werden, da' zwei Millionen f'ur den Umbau ausreichen w'rdeten. Heute mu'f mit einem Mehraufwand dieser Summe gerechnet werden. Die Volksh'he G. B. hat sich an die Stadt Berlin mit dem Gesuch um Erwa'hrung eines gr'nderen Darlehens gewandt. Es darf wohl erwartet werden, da' die Stadtverwaltung dem Gesuch entspricht, da die Gr'ffnung eines nach den Grundf'hen der Volksh'he bewirtschafteten zweiten Theaters einem dringenden Bed'rfnis der gel'umten Berliner Bev'lerung entspricht. Dar-neben rechnet die Volksh'he G. B. auf eine weitgehende finan-zielle Unterst'tzung durch ihre Mitglieder und Freunde, wie sie ihr schon bisher mehrfach zuteil wurde. Sie hat eine Anleihe im Gesamtbetrag von 2.100.000 Mark aufgelegt, die auf Teil-schuldenscheinreibungen in H'he von je 50, 100, 200, 500 und 1000 Mark verteilt ist. Den Erwerb dieser Teilschuldenschein-reibungen werden 5 Prozent Zinsen und eine Anleihe der Papiere im Laufe der n'chsten 25 Jahre verb'rgt. Die Volksh'he G. B. h'lt mit ihrem ganzen Verm'gen f'ur die Anleihe. Man darf wohl annehmen, da' weit mehr als die Bev'lerung die Gelegen-heit benutzen werden, um ihre Ersparnisse als Darlehen einem Werke zuzuf'hren, das von gro'ber kultureller Bedeutung zu werden verspricht. Der Erwerb der Teilschuldenscheinreibungen kann im Vereinbureau, Simonsstr. 227, erfolgen. Da durch fr'here Einzahlungen eine Summe von mehr als einer Million im 'Gre-weiterungsfonds' der Volksh'he G. B. angelammelt ist, ist da-mit zu rechnen, da' die Aufbringung der Mittel die Durchf'hrung des Projektes nicht gef'hrdet wird. Die Pl'ne f'ur den Umbau werden von dem Erbauer des Theaters am K'nigsplatz, dem Architekten Oscar Kaufmann, entworfen.

Im kleinen Schauspielhaus wurde die 'Parrhaus-tomodie' von Heinrich Gautsack zum 100. Male gegeben. Lucie H'lich und Illa Gr'ning, Pr'ckl und Erich Lubitz in ihre wieder h'liche Wirkung aus, die ihr seit der ersten Auff'hrung beim Publikum, alles k'nsigen Widerst'nden zum Kampfe gegen

im Aufgeb'et mit sich gebracht hat. Es wird den k'nsenm'chtigen Vereitern im Kampfe neuen Mut und neue Kraft geben, da' in den gro'ben K'mpfen, denen das Proletariat entgegengeht, die Internationale ein wirklicher Machtfaktor sein wird, den Sozia-lismus aller L'nder zum Siege zu f'hren.

Der erste Mai ist der Tag des sozialistischen Proletariats.

Gegen Militarismus und Reaktion, gegen die Ausbeutung der Arbeitenden durch die kapitalistische Gesellschaft, f'ur den revolution'ren Sozialismus tun wir

Die Berliner Arbeiterschaft

zum Kampf auf. Wir wollen den 1. Mai

durch geschlossene Arbeitsruhe

zu einer Kundgebung gestalten, die zeigt, da' die Arbeiterschaft gewillt ist, mit machtvoller Einigkeit und r'cksichtsloser Ent-schlossenheit

f'ur den revolution'ren Sozialismus zu k'mpfen.

Die Schande der Kriegsgerichte.

Die Regierung f'ur die Todesstrafe.

Die weichen Korden der Regierung haben im Ruhrgebiet f'urcherlich geh'uft und was von ihnen auf dem Wege des ab-gef'rzten Verfahrens — Standgerichte, Erschie'en auf der Flucht — nicht erledigt werden konnte, das wird jetzt von den au'herordentlichen Kriegsgerichten mehrheitlich vollendet. Die Regierung, die im Sinne der mili-t'rischen Befehlsgewalt, wagt gegen die Schonherrsch'ft der Soldaten, die sich im Ruhrgebiet fast ausnahmslos aus von Hoch-verr'tern, Eidersch'ern und M'rdern gebildeten Truppen zu-sammensetzt, nicht vorzugehen. Sie m'chte es in ihrer Hilflosig-keit aber auch mit den Arbeitern nicht gong werden und er-l'bt daher jetzt eine Veranlassung, in der sie erf'rt, da' die an der Abwehr des Rapp-B'ufches beteiligten Arbeiter nicht verfolgt werden sollten. Staatsanwaltschaft und Milit'rb'rh'ben d'rfen eine diesbezugliche Anweisung erhalten, welche keine Strafe dar'ber hinaus ohne jedoch nicht vorgeschlagen werden.

Damit gibt die Regierung also kund, da' die Milit'rb'rh'ft die Oberherrsch'ft 'uber sie gewonnen hat. Sie we'f ganz genau, da' die Anweisungen, die sie an die Gerichte gegeben hat, von diesen nicht befolgt werden und da' die Kriegsgerichte ganz wahllos alles beurteilen, was an der Abwehr des Rapp-B'ufches irgendwie beteiligt war. Sie erkl'rt die Kriegsgerichte, diese Institutionen des 14. Jahrhunderts, aus-dr'cklich als zu Recht bestehend und legt wie zum Hohn auf jedes Rechtsempfinden noch ausdr'cklich hervor, da' auch die Standgerichte nicht aufgehoben werden sollen, da' sie nach wie vor Todesurteile verhangen k'nnen.

Die Regierung ist also f'ur Beibehaltung der milit'rischen Schreckensherrsch'ft und sie soll daher nicht glauben, da' ihr Erfolg im Ruhrgebiet irgendeine Ver'tzung ausl'sen k'nte. Im Gegenteil, er wird die Erbitterung der Arbeiter 'uber den Unhand der Regierung im ganzen Reich ma'flos steigern, und das um so mehr, als sie gegen die wirklichen Verbocher am deutschen Volke nichts unter-nimmt, sie vielmehr in besser bezahlte Stellen lockeren l'ft, w'rend die Arbeiter, die ihr die besonnenen Regierungsf'el-ler wider freim'chtig haben, mit Todesstrafen, Zuchthaus und Ge-f'ngnis bestraft werden.

12 000 Mark Versicherungsgrenze.

Nachdem am Freitag die Nationalversammlung sich f'ur die K'ufhebung der Krankenkassenversicherung ausgesprochen hat, in der die Versicherungspflicht bis auf Einkommen von 20 000 M. hinausgehrt wurde, hat die Regierung dem Reichstag eine neue Verordnung vorgelegt, worin die Versicherungsgrenze auf 12 000 M. wieder eingestellt und eine Begrenzung f'ur den Grundlohn auf 24—30 M. festgesetzt wird. Der Reichstag nahm die Regierungs-urkunde an.

Die Zeitfreiwilligen r'ufen.

Die Regierung hat die Aufhebung der Zeitfreiwilligen und der Einwohnerehren angeordnet. Von den Herrschaften denkt aber niemand daran, die Waffen abzugeben und die Organisationen aufzul'osen. Im Gegenteil, es wird munter weiter gef'rt. Die Einwohnerwehren erlauben sich heute noch, Mitglieder aus-zuschließen, die am 13. M'rz den Rapp-B'ufch nicht aktiv unterst'zten. Zu gleicher Zeit eine lebhafte Propaganda entfaltet, um m'glichst viele reaktion'ere Elemente zum Reindeitritt in die Einwohnerwehren zu veranlassen. Es scheint eine Zentrale vorhanden zu sein, die den Einwohnerwehren bestimmte Direktiven erteilt und sie auffordert, den Befehlen der Regierung keine Folge zu leisten.

Die lebhafte Propaganda zur Aufr'ftung entfalten aber die Zeitfreiwilligen. Sie versch'ken gegenw'rtig wieder an alle auffindbaren Offiziere Verbeschreibungen. Dabei wird nach wie vor die Post um das Parteibuch bewickelt. Der ganze Schriftverkehr geht unter 'Deeresache', womit die Herrschaften alle dokumentarisch bekunden, da' sie keine Einwirkung der Zivilbeh'rden sind, sondern unter milit'rischem Kommando stehen. Waffenversteckungen werden angedeutet vorgenommen. Auch das ist nur m'glich durch die Mitwirkung milit'rischer Dienststellen. So wurde in den letzten Tagen vom K'nhalter Bahnhof aus eine gro'be Kiste mit Waffen nach Dresden an das dortige Zeitfreiwilligen-Regiment bes'rdet. Die Kiste wog 140 Kilogramm, kam vom Artillerie-Depot Spandau und war von dem Oberschire-meister H'hnel abgeschickt worden.

Wir erleben also bei den Zeitfreiwilligen und den Einwohnerwehren das gleiche Schicksal wie bei der Reichswehr. Die An-ordnungen der Regierung werden einfach sabotiert. Die mili-t'rische Reaktion ist obenau'. Sie l'uft zu neuen Schl'gen und baut eine Organisation der Gegenrevolution auf, die besser und guvernl'cher arbeiten wird als am 13. M'rz.

Der Proze' Hiller.

Am kommenden Donnerstag findet vor dem Gericht das fr'heren dritten Kammerkorps die Verhandlung im Falle Hiller gegen den Oberleutnant Hiller statt, der, wie nach erinnerlich, sich im September vorigen Jahres vor dem Berliner Komman-danturgericht wegen Mi'shandlung Untergebener, insbeson-deres wegen Mi'shandlung mit w'lichem Ausgange im Falle des

Gro'bef'hrers Helmke, zu verantworten hatte. Das Urteil lautete in erster Instanz im ersten Wochenspruch 1928. h'ft wegen Mi'shandlung Untergebener in zwei F'llen, w'rend im Falle Helmke auf Freisprechung erkannt wurde. Gegen diese Entscheidung hat der damalige Kommandant von Berlin Be-rufung eingelegt. Die Berufung erl'ndete sich aber nicht auf die Mi'shandlung mit w'lichem Ausgange im Falle Helmke, sondern lediglich auf vorstrafrechtliche Behandlung des H. Das erst-reichende Urteil hinsichtlich der Mi'shandlung mit w'lichem Aus-gange ist rechtskr'ftig. In der Berufungsverhandlung ist au'ch den in erster Instanz vernommenen Zeugen noch eine gro'be Zahl weiterer Zeugen geladen, die sich entweder selbst gemeldet oder von den Angeh'rigen benannt worden sind. Da mehr als 40 Zeugen zu h'ren sind, wird die Verhandlung voraussichtlich zwei Tage in Anspruch nehmen.

Der Streik der Wiener Industriearbeiter ist am Montag beauflegt worden. Die Arbeit soll am Mittwoch wieder auf-genommen werden.

Gewerkschaftliches.

Das Austragen der Zeitungen am 1. Mai und an den Montagen.

Auf Grund vielfeltiger Anfragen aus den Bezirken der verschiedenen Berliner Zeitungen gibt die Branchenleitung und Zentralkommission der Zeitungs-Austrage-Personale nachstehendes bekannt: Durch die Verhandlungen 'uber die Lohn- und Arbeits-beingungen f'ur das Zeitungs-Austrage-Personal mit den Gro'-h'ndlichen Zeitungsverlegern tritt ab 1. Mai d. J. der Fortfall des Austragens der Montag-Morgenausgaben in Kraft. In R'cksicht auf die in diesem Jahre bestehenden Verh'ltnisse im Zeitungs-gewerbe zeigt das Zeitungs-Austrage-Personal folgendes Entgegenkommen: Die zum 1. Mai in allen Berliner Verlags-firmen erscheinenden Morgenausgaben werden an die Sonntags-austrage. Durch die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai es-scheinen am Nachmittag und Sonntag, den 2. Mai, Morgens keine Zeitungen. Durch den Ausfall dieser Ausgaben verpflichten sich die Zeitungs-Austrage-Personale in R'cksicht auf die Sonntags-austrage und nach Verhandlung mit den Zeitungsverlegern, die am Montag, den 3. Mai erscheinende Montag-Morgenausgabe aus-zutragen. Die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai es-scheinen am Montag, den 3. Mai erscheinende Montag-Morgenausgabe aus-zutragen. Die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai es-scheinen am Montag, den 3. Mai erscheinende Montag-Morgenausgabe aus-zutragen. Die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai es-scheinen am Montag, den 3. Mai erscheinende Montag-Morgenausgabe aus-zutragen.

Mittelstandsarbeiter, K'nfirer und W'ker Berlin und Umgegend. Allen Kollegen zur Kenntnisnahme, da' in einer sehr kurz besuchten Vollversammlung, welche am Sonntag, den 25. April, tags, beschlossen wurde, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen und den Tag als Feiertag zu betrachten.

Elektrizit'atsarbeiter. In unserer R'he in der heutigen Morgennummer mu'f es hei'en: die Arbeiter der Elektrizit'atswerke mu'ften sich mit 0,85 Mark Stundenlohnrechnung be-gn'gen, w'rend der anderen h'ndlichen Arbeiter 1,20 bis 1,60 Mark ausbezahlt wurden.

Die Betriebsratszentrale teilt mit, da' im Laufe des heutigen Vormittags durch Umlegung der Telefonanschl'fse zeitweise keine Verbindung hergestellt werden kann. Wir machen darauf auf-merksam, da' die Betriebsratszentrale n'her unter dem Nummer Wochen 1787 und 1708 zu erreichen ist.

Gro'berlin.

Die Hausbesitzer gegen die H'chstmieteverordnung.

Die Hausbesitzer k'nnen sich immer noch nicht dar'ber be-rufen, da' ihnen durch die H'chstmieteverordnung des Gro'-berliner Wohnungsverbandes das Recht auf unbeschr'nte Aus-w'nderung der Mieter genommen ist. Am Sonntag letzte der Bund der Gro'-berliner Grundbesitzervereine eine Versammlung ein-berufen, die gegen die Verordnung von neuem einen Vorsto'f machte. Sowohl der Bundesvorsitzende, Stadtwirtschaftler Hade-berg, wie auch Stadtrat Wege gr'iffen den Versuch, das Ge-richtsamt zu besch'feln, der die Verordnung rechtskr'ftig gemacht hatte, sch'rf an. Das Recht werde aus R'cksicht vor der Stra'fge bestraft und noch dazu von einem Oberverwaltungsgericht. Die Ver-ten, die diesen unberechtigten Vorsto'f erhoben, haben nie etwas dagegen eingewandt, wenn das Recht zugunsten der Bestehen-den geb'ugt wurde. Auch ein Professor, Herr von der W'rgt, erhob den Vorwurf, da' zugunsten der Arbeiter Klassenpolitik ge-trieben werde. Die Argumente l'nderten. Wenn derartige Empfin-dungen echt sind, kann man nur hoffen, da' die vor der Revolution ge-triebene Klassenpolitik man so legen, da' die damals bevorzugen die geringen Fortschritte in Bezug auf Gleichberechtigung gar nicht begreifen k'nnen, so sehr hatten sie sich daran gew'hnt, da' der Staat nur f'ur sie spreche.

Die hochgehenden Wogen der Verlesung versucht Herr Regierungsrat K'gler vom Wohnungsministerium das be-ruhigende Erk'l'runge zu gl'hen. Auch Kommerzienrat Hade-berg verheerte der Versammlung, da' die Regierung den Haus-besitz nicht raumieren wolle. Er forderte die Hausbesitzer auf, ein-m'utig zu den Wahlen zu gehen. Tischlermeister Riisch forderte, da' eine Deputation zum Oberb'rgemeister geschickt werde, die ein Ultimatum, bis zum 10. Mai bestimme, andringend w'rdet und fordern solle, da' wenn nicht 45 Proz. Zustimmung gew'ckt werden, die Hausbesitzer keine Protesten mehr stellen, keine Schren-amer aus'nden und die Abgaben sowie die Zahlung von Gas, Wasser und Elektrizit'at einstellen werden. (G'w'rtlich: Weisf.)

Am Schlu'f der Versammlung wurde eine Entschlie'ung an-genommen, in der es u. a. hei'ft: Der organisierte Gro'-berliner Hausbesitz erhebt auf das energichste Einspruch gegen das un-gerechliche (?) Vorgehen des Potsdamer Bezirksamts. In letzter Stunde erl'uchen die Gro'-berliner Hausbesitzer den Wohl-fahrtsminister nachmals, seine Verordnung aufzuheben und damit den Potsdamer Beschl'u'f zur Vermeidung einer Katastrophe sofort au'fzuheben.

Wie man sieht, veransch'uen es auch die Herren Hausbesitzer, die sich stets als die h'rtsten St'ben der Ordnung bezeichnen, nicht, mit den k'rtzesten Ausdr'cken vor die Regierung zu treten. Die Mieterschaft wird gut tun, sich kr'ftig zur Wehre zu setzen, sonst kann es passieren, da' die Regierung doch noch nachgibt und den Hausbesitzern den Weg zur schmerzlosen Mietsteigerung freil'gt.

Unschuldig Blut

Ins wird von einem Leser berichtet: Am 19. 4. 20, mittags 12 Uhr, passierte ich die Wilmers-dorfer Stra'f in Charlottenburg. Wie ich von links nach rechts 'uber den Baum ging, lie' ich mich pl'tzlich 'Fallt' fallen. Ein Motorrad fuhr 50 Meter vor dem mir vorbei in der Richtung links. Pl'tzlich knallte ein Schuss. Ich fiel sofort. Am der Ecke Kaiser-Friedrich- und Wilmersdorfer Stra'f wurde ein harmloser Passant in den Ha'f geschossen. Der Pas-sant wurde dann einige 100 Meter in der Wilmersdorfer Stra'f gef'hren, als der vermeintliche M'rderschei'el von der schne-llverf'henden Menge bedr'ngt und von einigen Besondereknaben, etwas ferne von dem Verungl'ckten vertrieben wurde.

W'f'fentlich gab der Beamte zu, da' er geschossen habe und nicht der Passant. W'f'fentlich gab das Publikum davon ab den M'rdern an. Treten k'nnen sich zur Verh'ngung.

